



29.08.2017

702.29-01-2017

Niederschrift über die Senatssitzung

710.01-04/05

(I.6)

Herr Staatsrat Dr. Krupp trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2017/2265, betreffend

Personalbericht 2017 und Stellungnahme des Senats zum Ersuchen
der Bürgerschaft vom 5. Juli 2016 "Hamburg - Stadt der Guten Arbeit:
Befristete Beschäftigung im Einflussbereich der Freien und
Hansestadt Hamburg zurückdrängen" (Drucksache 21/5076),

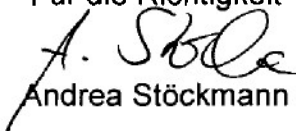
vor und gibt eine Änderung in der mit der Drucksache vorgelegten Mitteilung an die
Bürgerschaft zur Niederschrift:

Der Senat nimmt Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

1. Die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft wird mit der zur
Niederschrift gegebenen Änderung beschlossen.
2. Der Präsident des Senats wird ermächtigt, bei der Präsidentin der Bürgerschaft
die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu
beantragen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Andrea Stöckmann

Eing.: 23. AUG. 2017

Berichterstattung:
Bürgermeister Scholz
Staatsrat Dr. Krupp

TOP 1.6
BÜSUNG

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2017/02265
vom: 22.08.2017

Personalbericht 2017 und Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 5. Juli 2016 „Hamburg – Stadt der Guten Arbeit: Befristete Beschäftigung im Einflussbereich der Freien und Hansestadt Hamburg zurückdrängen“ (Drucksache 21/5076)

A. Zielsetzung:

Information des Senats und der Bürgerschaft über die Entwicklung der personalwirtschaftlichen Strukturdaten.

B. Lösung:

Beschlussfassung des Senats über den Personalbericht 2017 und das Ersuchen der Bürgerschaft gemäß Drucksache 21/5076 (Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft) und Kenntnisnahme der Anlage.

C. Auswirkungen auf den Haushalt:

durch die Berichterstattung keine

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage:

keine

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen:

keine

F. Auswirkungen auf

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Bürokratieabbau
- Inklusion
- Gleichstellung

Personalpolitische Entscheidungen haben regelmäßig unterschiedliche Auswirkungen auf die Beschäftigungschancen von Männern und Frauen. Hier gilt es darauf zu ach-

ten, dass eingeleitete Maßnahmen sich nicht nachteilig auf die geschlechterbezogene Chancengleichheit auswirken.

G. Alternativen:

Verzicht auf den Personalbericht

H. Anlagen

Entwurf einer Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft mit Anlage